

Günter-Ulrich Tolkiehn Wenn nur noch Zahlen zählen

Stefan Dröschler, Peter Riegler, Ina Nielsen und Michael Kamps
Elektronische Prüfung – mehr eine Prozess- als eine Technologiefrage

Konstanze Anspach, Gesine Torkewitz und Kathrin Wittmund
Entwicklung eines 3D-CAD-Blended-Learning-Kurses – Content von Studierenden für Studierende

Hendrik Lackner Zwischenbilanz Deutschlandstipendium

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst

Käufliche Wissenschaft?

Lust und Last der Drittmittel



Jetzt über 6.000
Mitglieder

Heft 1 – Jahrgang 2014

Wenn nur noch Zahlen zählen



Günter-Ulrich Tolkiehn

Günter-Ulrich Tolkiehn
Prof. Dr. rer. nat.
Wirtschaftsinformatik
TH Wildau
Hochschulring 1
15745 Wildau
www.th-wildau.de/tolkiehn

Drittmittel sind beispielhaft dafür, wie im New Public Management wissenschaftliche Leistung losgelöst von inhaltlichem Verständnis mittels Kennzahlen „gemessen“ wird und zu welchen Nebenwirkungen die Steuerung der Hochschulen nach solchen Zahlen führt. Der Laie staunt, den Naturwissenschaftler schüttelt es, aber Politiker und Betriebswirte finden es prima, denn Zahlen wirken objektiv und jeder kann mitreden.

Hochschulen vor und nach der „Entfesselung“

Zahlen sind wichtig, keine Frage. 1990 gaben die bundesdeutschen Hochschulen jährlich 1,493 Milliarden Euro an Drittmitteln aus (acht Prozent ihrer Gesamtausgaben), davon die Fachhochschulen 102 Millionen Euro (drei Prozent ihrer Gesamtausgaben).¹⁾ Im Jahr 2000 betrug die Drittmittel der deutschen Fachhochschulen 118 Millionen Euro.²⁾ Man könnte sagen, stabile Verhältnisse etwa so, wie sie bei zwei Arbeitsstunden grundfinanzierter Forschung und Entwicklung (F&E) je Woche (so der Ansatz von KMK und Wissenschaftsrat) für Professoren an Fachhochschulen³⁾ und latenter Insolvenz der Eigentümer zu erwarten sind.

Ermutigt durch vermeintliche Erfolge in anderen Sektoren (damals erkannte man die schädlichen Folgen noch nicht), begannen die Länder Ende der 1990er-Jahre dann damit, auch ihre „Kostenstelle Wissenschaft“ im Sinne des New Public Management zu betriebswirtschaftlichen (so hat es H. Prantl zutreffend genannt). Flächendeckend wie beim Strom kann man hier

nicht privatisieren, dann sollen jedenfalls Teilbereiche, z. B. „Exzellenzcluster“, private Hochschulen, Weiterbildung, als Premiumangebote herausdifferenziert und „marktwirtschaftlich erschlossen werden“. Deren Erfolgsaussichten sind natürlich umso größer, je schlechter man den staatlichen „Rest“ aussehen lässt.

Tatsächlich änderten sich seit 2000 die Zahlen dramatisch. Das Drittmittelaufkommen der deutschen Fachhochschulen wuchs auf 353 Millionen Euro im Jahr 2010⁴⁾ an und damit auf 13 Prozent der laufenden Grundmittel. Gegenüber 2000 ein Anstieg um eindrucksvolle 199 Prozent.

Auch die Studierendenzahlen erhöhten sich in diesem Zeitraum in beeindruckender Weise, im Hochschulbereich insgesamt und auch an den Fachhochschulen. Während im Jahr 2000 noch 28,4 Prozent der deutschen Altersgruppe ein Studium aufnahmen, waren das 2011 bereits 47,9 Prozent⁵⁾ und 2013 bereits deutlich über 50 Prozent. Damit sind wir im Zielkorridor dessen, was Deutschland nach Ansicht der OECD braucht, um den sonst angeblich drohenden Fachkräftemangel für die zukünftige Wissensgesellschaft abzuwenden. An den Fachhochschulen stieg die Zahl der Studierenden von 2000 bis 2011 um 60 Prozent an und 2011³⁾ auf 684.000. Um eventueller Kritik von innen vorzubeugen, wurde der Einfluss der Selbstverwaltung auf nahezu null reduziert und ihre sowie auch bisherige ministeriale Befugnisse neuen „monokratischen Führungsstrukturen“ zugewiesen: Hochschulmanagern (der Name Hochschulführer war schon vergeben). Extern ausgewählt, beaufsichtigt und detailgesteuert, aber mit umfassenden

Das Ende der Neunziger begonnene politische Experiment, auch den Wissenschaftsbereich im Sinne des New Public Management neu auszurichten, hat die erwünschten Werte verschiedener betriebswirtschaftlicher Kennzahlen in etwa erreicht. Aber Kennzahlen geben die Wirklichkeit allenfalls in Form einer Halbwahrheit wieder – die Gesellschaft muss jedoch mit der ganzen Wahrheit leben.

Machtbefugnissen nach innen. Flankierend wurde eine „erfolgsabhängige“ Professorenvergütung ausgelobt – ein bisschen wie die Prämien für Übererfüllung des Plansolls früher in der DDR.

Auch die laufenden Grundmittel der Fachhochschulen erhöhten sich im gleichen Zeitraum. Allerdings nur von 2,139 Milliarden auf 2,714 Milliarden. Das entspricht einem Zuwachs von 27 Prozent. Diese zusätzlichen Mittel hat teilweise der Bund – befristet und zweckgebunden – beigesteuert. Die Länder mussten zuschießen, zwangen aber die angeblich jetzt „autonomen“ und „unternehmerischen“ Hochschulen gleich per Gesetz zu Mehraufwendungen: Bolognaform, umfassende (privatisierte) Akkreditierung, deren Aufwand allein dafür bis Ende 2012 bereits bei 360 Millionen Euro lag,⁶⁾ flächendeckende Einführung von privatwirtschaftlich zu zertifizierendem „Qualitätsmanagement“, von „Internationalisierung“, „Hochschulmarketing“ u. v. m.

Da blieb für die personelle Verstärkung von Lehre und Forschung wenig. Die Anzahl der Professorenstellen der Fachhochschulen erhöhte sich von 14.693 im Jahr 2000⁷⁾ auf 17.563 im Jahr 2012,⁸⁾ das sind 19 Prozent in zwölf Jahren – bei gleichzeitiger Verschlechterung der Bezahlung bis in verfassungswidrige Niederungen für alle Neubesetzungen (W-Besoldung, mit W wie Weniger, diese Zeitschrift berichtete dazu wiederholt) und durchgängig fünfjähriger Befristung für die zusätzlichen Stellen in mehreren Bundesländern.

Ist dieses Wachstum nicht Beleg erfolgreicher Hochschulpolitik, die seit 1999

versucht, eine neoliberale Agenda umzusetzen, und der Thesen von Prof. Dr. Müller-Böling, der für die Bertelsmann-Stiftung und CHE seit 2000 wortgewaltig verlangt hat,⁹⁾ die Hochschulen seien zu „entfesseln“ und „wachzuküssen“, damit sie „unternehmerisch“, „autonom“, „wettbewerbsfähig“, ja „konkursfähig“ werden? Hätte nicht Altkanzler Schröder, wenn er das geahnt hätte, bei den „faulen Säcken“, als die er 1995 die Lehrer bezeichnet hatte, auch die Professoren subsumiert, die nun – im wachgeküssten Zustand – sowohl in der Lehre als auch in der Forschung viel höhere und immer noch weiter steigende Leistungskennzahlen abliefern – und das trotz deutlich schlechterer Konditionen?

Nein, so einfach ist es nicht.

Nicht alles, was zählt, kann gezählt werden ...

... und nicht alles, was gezählt werden kann, zählt. Das soll schon Albert Einstein bemerkt haben. Und wir zählen hier noch nicht einmal alles, was man zählen müsste: nur, was passt.

Für gut belegte und sehr lesenswerte kritische Analysen der neueren deutschen Wissenschaftspolitik sei z. B. auf Knobloch¹⁰⁾ oder Münch¹¹⁾ verwiesen, sehr erhellend auch die Analysen von Lieb in den Nachdenkenseiten.¹²⁾ Auch der moralische Preis, den wir durch Verlust von Freiheit und die Degradierung von für das menschliche Zusammenleben systemrelevanten ideellen Werten und Handlungen zu käuflichen Waren zahlen, ist dokumentiert.¹³⁾ Und die Märkte, die all das neu käuflich Gemachte dann „bedarfsgerecht“ und effizient verteilen sollen? Sie entstehen leider in der Regel nicht von selbst.¹⁴⁾

Privatisierungen ehemals öffentlich-rechtlicher Bereiche bringen immer auch erhöhte Korruptionsgefahr mit sich (man erinnere sich nur an die „Treuhand“). Die deutsche Bevölkerung sieht heute nur noch vier gesellschaftliche Bereiche als einigermaßen vertrauenswürdig und wenig korrupt an: Das sind Justiz, Polizei, Militär und Wissenschaft, Letztere jedoch aktuell bereits mit fallender Tendenz.¹⁵⁾ Wird man Wissenschaftlern noch glauben, wenn sie sich nicht mehr der Wahrheit verpflichtet fühlen, sondern dem, der sie bezahlt? Sollen die ebenfalls unterfinanzierte Polizei, Justiz oder Finanzverwaltung sich vielleicht auch unternehmerisch selbst Drittmittelinnahmen erschließen?

Es ist natürlich auch nicht etwa so, dass die 19 Prozent mehr Fachhochschul-Professorenstellen selbst die Lehre für 60 Prozent mehr Studierende machen und gleichzeitig 199 Prozent mehr forschen – während sie nebenbei Akkreditierungsunterlagen erstellen, Berichte für Qualitätssicherung, Rankings, Drittmittelgeber, variable Gehaltsbestandteile oder interne Zielvereinbarungen schreiben und durch permanente Studienreform die Abbrecherquoten senken.

Die befristete, zweckgebundene Teilfinanzierung des Wachstums der Studierendenzahlen lässt Mittelbau sowie technische und Verwaltungsinfrastruktur außen vor. Der Aufwuchs besteht aus „nackten“ Professuren – ohne Ausstattung, befristet und schlecht bezahlt. Diese Stellen erweisen sich, besonders im MINT-Bereich, als kaum zu besetzen. Der Anteil unbesetzter FH-Professuren stieg bis 2012 auf 12,3 Prozent.¹⁶⁾

Eine der traurigen Folgen ist: Das Rückgrat der Lehre der Fachhochschulen bil-

den heute Lehrbeauftragte. 2012 waren es 44.6738 und damit zweieinhalbmal so viel wie Professoren. Traditionell werden Lehraufträge „zur Ergänzung des Lehrangebots“ an Personen, die „mindestens ein abgeschlossenes Hochschulstudium, Erfahrungen in der Lehre oder Ausbildung sowie eine mehrjährige berufliche Praxis aufweisen“¹⁷⁾, vergeben. Die Bundesstatistiken rechnen nebenberufliche Köpfe deswegen pauschal mit einem Faktor 0,2 auf Vollzeitäquivalente um. Das entspricht an Fachhochschulen etwa vier Semesterwochenstunden (SWS) an Lehre. Lehrbeauftragte führen aber heute regelmäßig Pflichtveranstaltungen durch, oft mit acht bis zwölf SWS. Manche machen dieses Pensum parallel an zwei verschiedenen Hochschulen und leben weitgehend davon – bis die Semesterferien kommen. Ihre Lehrleistung wird bisher statistisch nicht erfasst, sie muss nach dem oben gesagten aber oberhalb von 50 Prozent der Lehrleistung der Professoren liegen. Dass es in großer Zahl solchermaßen qualifizierte Menschen ohne richtige Jobs gibt, verweist im Übrigen die „Fachkräftemangel“-These ins Märchenland.

Politische Konsequenzen wegen der aus derlei Fehlentwicklungen resultierenden sozialen und Qualitätsprobleme brauchen die Verantwortlichen indes nicht zu befürchten, wenn sie sich an die bereits 1996 von der OECD publizierten Empfehlungen halten,¹⁸⁾ wie man den öffentlichen Sektor kranksparen kann, ohne dafür verantwortlich gemacht zu werden. Die trotz Erreichung aller Zielkennzahlen eventuell entstehende Unzufriedenheit, z. B. über „gefühlte“ Qualitätsverschlechterungen, zeigt ggf. nur wieder, dass der Staat „es einfach nicht kann“ und private Alternativen her müssen. Natürlich nur für die, die sich das leisten können, für den Rest bleibt das staatliche Minderangebot.

Drittmittel: Vom Salz in der Suppe zum versalzten Trinkwasser

Vor 2000 waren Drittmittel so etwas wie das Salz in der Suppe der FH-Arbeit. Nachdem es aber mit den „Geschäfts-

ideen“ Studiengebühren nicht geklappt hat und auch „Bildungsexport“ und „Patentieren statt publizieren“ floppen: Wäre nicht auch Drittmittel „anschaffen gehen“¹⁹⁾ eine gute Möglichkeit, die Einnahmen zu erzielen, die bei der Grundfinanzierung abgängig sind? Nein, natürlich nicht. Das wäre strafbare Zweckentfremdung. Und zum anderen: Ca. 80 Prozent der Drittmittel sind staatlich, damit könnte man besser direkt die Grundfinanzierung stärken. Egal: Die Kür wurde zur Pflicht. Aber der Unsinn, die Qualität von F&E-Leistungen durch die Quantität verbrauchten Geldes zu messen, ist mittlerweile auch öffentlich aufgefallen – wie im Beitrag von Jürgen Gerhards „Forschung falsch vermessen“ im Tagesspiegel vom 28. Mai 2013 –, ebenso die unerwünschten Folgen einer „leistungsorientierten“ Steuerung auf solcher Grundlage – siehe dazu den Beitrag von Stefan Kühl „Entzauberung des Fetischs“ in der Süddeutschen Zeitung vom 4. Januar 2013.

Und selbst betriebswirtschaftlich sieht der Mechanismus nur auf den ersten Blick konsistent aus. So, als ob Hochschulen für mehr Drittmittelwerbung mit mehr Haushaltsmitteln „belohnt“ würden. Aber die so ggf. hinzugewonnenen Haushaltsmittel sind nur minimal. Sie reichen regelmäßig nicht einmal für den sogenannten „Eigenanteil“ – je nach Programm zwischen 10 und 100 Prozent –, den der Drittmittelgeber vom Empfänger als Voraussetzung für zweckgebundene Drittmittelgaben verlangt. Die Differenz muss aus der Grundfinanzierung abgezweigt werden, die wie oben erläutert ohnehin schon notleidend ist. Für die Hochschulfinanzen insgesamt sind deshalb mehr Drittmittel wie das Trinken von Salzwasser gegen Durst.

An den Fachhochschulen haben auch die Antragsteller selbst dieses Problem. Das grundfinanzierte Zeitbudget für angewandte Forschung beträgt zwei Arbeitsstunden je Woche. Drittmittelprogramme finanzieren normalerweise

nicht die Arbeit der Antragsteller. So wird es auch für diese sofort eng. Es handelt sich ja nicht etwa um eine Unterstützung für Aufgaben, die sie bereits bearbeiten (das wäre verboten), sondern um zusätzliche Arbeit (auch Projektleitung ist bekanntlich Arbeit). Zwar sind individuelle Lehrermäßigungen für Forschungsaufgaben möglich, jedoch inkl. der Kompensationen für diverse andere Sonderaufgaben gedeckelt auf sieben Prozent der Lehrkapazität. Auch können grundsätzlich einzelne Professuren als „Forschungsprofessur“ mit verringerter Lehrverpflichtung ausgestattet werden. Das entstehende Leistungsdefizit in der Lehre muss aber irgendwo kompensiert werden. Doch wo? Auch Forschungssemester können für Drittmittelprojekte verwendet werden, allerdings sind die Projektlaufzeiten meist deutlich länger. Diese Optionen sind alle auf Geringfügigkeit im Vergleich zur Gesamtleistung ausgelegte Ausnahmetatbestände aus einer Vergangenheit, als die Hochschulen noch auf Basis ihrer Aufgaben grundfinanziert waren.

Politisch und/oder wirtschaftlich motivierter Einfluss

Die Drittmittelgeber sind sich ihrer gestiegenen Bedeutung durchaus bewusst und meinen zunehmend – rühmliche Ausnahmen wie die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF) bestätigen die Regel –, dass ihnen getreu dem Volksbrauch „Wer zahlt, schafft an“ auch fachliche und sonstige Entscheidungsbefugnisse zustehen. Bei Vorgaben für die Verwendung der Steuergelder, aus denen ca. 80 Prozent der Drittmittel bestehen, berät die Wirtschaft gern. So kommt eine weitere planwirtschaftliche Komponente ins Spiel: thematische, organisatorische und bürokratische Vorgaben von zunehmender Detailfreude und Kreativität (man lese nur die Programme der EU und der Bundesministerien). Entlang der Drittmittelströme hat sich bereits ein ganzes auf deren Parasitierung spezialisiertes Subventions-Ökosystem etabliert. Die Wissenschaft ist frei – sich dort als Symbiont zu bewerben.

Eigene, gar individuelle Ideen? Wir wollen es mal nicht übertreiben!

Von Privatinteressen stark beeinflusste staatliche Finanzierung von Wissenschaft hat noch weitere schädliche Nebenwirkungen, wie David Robinson sie beschreibt.²⁰⁾ Dazu gehören Einflussnahme auf die Ergebnisse oder ihre Publikation, Privatisierung von Ergebnissen und Vorgabe bzw. Ausschluss von Arbeitsgebieten und -methoden. Dem müssen auch die Fachhochschulen entgegenzutreten. Dazu ist es natürlich nicht hilfreich, wenn manche Bundesländer, wie Rheinland-Pfalz oder bisher NRW, in den in Deutschland noch neuen Informationsfreiheitsgesetzen versuchen, den gesamten Bereich Wissenschaft einschließlich der Drittmittel komplett aus der Auskunftspflicht auszunehmen. Dadurch wird den Bürgern vorenthalten, was an den Hochschulen mit ihren Steuergeldern passiert.

Etwas klarer ist die Situation bei privaten Drittmitteln (eine aktuelle Übersicht gibt www.hochschulwatch.de). Die staatlichen Hochschulen sollten sich von privatwirtschaftlichen Tätigkeiten fernhalten, sie gehören nicht zu ihren Aufgaben. Es drohen u. a. Wettbewerbsverzerrung und Korruption. Das gilt auch für die beliebten Public-Private Partnership-Konstruktionen. Für alle anderen privaten Zuwendungen ist interessengeleitete wissenschaftswidrige Einflussnahme wirksam auszuschließen. Auch der Anschein ist zu vermeiden. Wie glaubwürdig können z. B. Ergebnisse eines An-Instituts für Internetforschung an der HU Berlin sein, das von einer Google-Tochter finanziert wird?

Auch im kleinen Bereich der Drittmittel an Fachhochschulen zeigen sich die Schwächen der neoliberalen politischen Fehlentwicklung. Auch wir müssen für unsere „nur“ angewandte Forschung und Entwicklung Bürgern und Politik deutlich machen, dass thematische, organisatorische und quantitative Fremdbestimmung mit autoritär-planwirtschaftlichen Zügen in Kombination mit überdehnter Infrastruktur und

schlechten bis prekären Konditionen und Teilprivatisierung letztlich freie (auch im Sinne von frei verfügbare) wissenschaftliche Arbeit und Ausbildung verhindern.

Fazit

Mehr Drittmittel auszugeben ist keine wissenschaftliche Leistung und keine wissenschaftsadäquate Zielsetzung, ebenso wenig wie fremdbestimmte Jagd nach anderen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen. Derlei fördert im Gegenteil Intransparenz und gefährdet Vertrauen, Unabhängigkeit, Motivation und Arbeitsethos der Wissenschaftler sowie Verfügbarkeit und Wert ihrer Arbeit für die Allgemeinheit.

Widerstand bringt Erfolg: Hoffen lassen z. B. die inzwischen fast flächendeckende Wiederabschaffung der Studiengebühren, erfolgreiche Verfassungsschwerden, wie gegen die W-Besoldung oder das Hamburger Hochschulgesetz, die Absicht Brandenburgs, der Fehlentwicklung bei den Lehrbeauftragten gesetzlich entgegenzutreten, Informationsfreiheitsgesetze, die auch die Wissenschaft umfassen (wie bereits in Hamburg und hoffentlich bald auch in NRW), oder die Versprechen des Koalitionsvertrages, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern und die Geisteswissenschaften zu stärken (eigentlich: ihre weitere Demontage zugunsten besser verkäuflicher Fächer zu bremsen). ■

- 1) Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.3.2, Bildung und Kultur, Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen, 2003, S. 77 bzw. 74.
- 2) Ref. 1, S. 55.
- 3) Ref. 1, 2010, S. 12.
- 4) Ref. 1, S. 28.
- 5) Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.3.1, Bildung und Kultur, Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen, 2012.
- 6) Schmidt, Marion: Unter Beobachtung, Financial Times Deutschland, 30.11.2013.
- 7) Ref. 1, S. 54.
- 8) Statistisches Bundesamt, Fachserie 11 Reihe 4.4, Bildung und Kultur, Personal an Hochschulen, 2013, S. 40 f.
- 9) Müller-Böling, Detlef: Die entfesselte Hochschule, Verlag Bertelsmann-Stiftung, 2000.
- 10) Knobloch, Clemens: Wir sind doch nicht blöd! Die unternehmerische Hochschule, Westfälisches Dampfboot, 2. Aufl., 2012.
- 11) Münch, Richard: Akademischer Kapitalismus – Über die politische Ökonomie der Hochschulreform, Suhrkamp, 2011.
- 12) Lieb, Wolfgang: Von der Freiheit der Wissenschaft zur „unternehmerischen Hochschule“, Nachdenkseiten 15.7.2008, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=3333>
- 13) Sandel, Michael J.: Was man für Geld nicht kaufen kann: Die moralischen Grenzen des Marktes, Ullstein, 2012.
- 14) Herrmann, Ulrike: Der Sieg des Kapitals, 2. Aufl., S. 85, Westend, 2013.
- 15) Hardoon, Deborah; Heinrich, Finn: Global Corruption Barometer, S. 36, Transparency International, 2013.
- 16) Ref. 8, S. 238.
- 17) Wörtlich aus BbgHG § 55 Abs. 1 und 2.
- 18) OECD Policy Brief 13, OECD, 1996, auch im Internet verfügbar.
- 19) Wodarg, Wolfgang: Die Uni geht anschaffen, http://www2.wodarg.de/uploads/uni_geht_anschaffen.pdf, Vortrag in Lüneburg am 03.07.2012.
- 20) Robinson, David: Corrupting research integrity: corporate funding and academic independence, In: Global Corruption Report: Education, S. 202–210, Transparency International, Routledge, 2013.

AUTOREN GESUCHT!

2/2014

Perspektiven der Akademisierung

3/2014

Hochschulen in Thüringen

Schicken Sie uns Ihre Beiträge, Informationen und Meinungen!

Kontaktadresse: Prof. Dr. Christoph Maas · christoph.maas@haw-hamburg.de

Redaktionsschluss für die Ausgabe 2/2014 ist der **3. März 2014**

Redaktionsschluss für die Ausgabe 3/2014 ist der **5. Mai 2014**